

## **Frieden**

Der Wunsch, in Frieden zu leben, ist den Menschen eigen, seit sie in organisierten Gesellschaften leben. Frieden meint ein verträgliches und gesichertes Zusammenleben von Menschen, innerhalb sozialer Gruppen und zwischen ihnen. Im Verhältnis zwischen großen Gruppen, Gesellschaften und Staaten ist Frieden das Gegenteil von *Krieg*. Seit es (auf)geschriebene Geschichte gibt, erscheint sie als Geschichte von Kriegen – um Macht, Territorien, Ressourcen oder auch Glaubenssätze; Friedenszeiten dagegen eher als Unterbrechung zwischen den Kriegen. Frieden ist bewusst zu schaffen und mit einer Ordnung des Rechts verknüpft. Die Behauptung, es gäbe eine angeborene Disposition des Menschen zu Gewalt und Aggression, lässt sich nicht halten. Gruppenaggressionen zur Destruktion des Gegners sind stets anzuzogen, Feinde werden zu Nicht-Menschen erklärt.

Das Römische Reich ging davon aus, dass seine Kriege »gerecht« seien (*bella iusta*), weil die *Pax Romana*, der vom Reich der erreichbaren Welt oktroyierte Friede, die natürliche Ordnung sei. Deshalb war jeder Krieg gegen das Imperium ein »ungerechter« Krieg (*bella iniusta*), was die Herren des Reichs auch zu den drastischsten Maßnahmen ermächtigte: Am Ende wurde das einst reiche Karthago dem Erdboden gleichgemacht. Die Idee des gerechten Krieges zog sich auch durch das christliche Mittelalter, allerdings nicht für das Imperium, sondern nun im Namen Gottes. Im Leninismus wurde daraus der »gerechte« Krieg im Dienste der Arbeiterklasse und der jeweilige Generalsekretär entschied, was denn jeweils gerecht sei. Da bei der Konstruktion eines »gerechten Krieges« die Ermessensgründe sich jeweils gegenseitig ausschließen bzw. in die Willkür des Kriegsherrn gegeben sind, schlug Kant in seiner berühmten Schrift *Zum ewigen Frieden* vor, eine internationale Rechtsordnung zu schaffen, die den Frieden sichert. Im 5. Präliminarartikel lehnte er die gewalttätige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates ausdrücklich ab: »Kein Staat soll sich in die Verfassung und Regierung eines andern Staates gewalttätig einmischen.« Dieses Herangehen wurde dann Grundlage der UNO-Charta von 1945. Dort heißt es in Artikel 1, dass es Ziel der UN ist, »den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten«. Im Kalten Krieg konnte die Friedenssicherung allerdings nicht so funktionieren, wie sie ursprünglich institutionell vorgesehen war. Dennoch wurde das Prinzip der *friedlichen Koexistenz* realisiert, das trug zur Verfriedlichung des Ost-West-Konflikts bei. Zugleich setzte sich die Auffassung durch, dass politische, soziale

und kulturelle Menschenrechte eine Einheit bilden. Das Ende des Kalten Krieges brachte jedoch keine Ära des Friedens, wie 1989/1990 allgemein erhofft, sondern ein neues Zeitalter der Intervention und imperialer Kriege. Die USA und ihre Verbündeten haben Krieg wieder zu einem »normalen« Mittel der Politik gemacht. Die weltweiten Rüstungsausgaben liegen im Jahr 2006 bei über 1.200 Milliarden US-Dollar; im Falle der USA nahezu eine Verdopplung seit 2001. Weltweit sind die Rüstungsausgaben seit 1990 um 25% gestiegen. Zwei Drittel dieser Ausgaben entfallen auf die NATO. Globalisierung und Krieg sind zwei Seiten einer Medaille. Die »Neue Weltordnung«, die Präsident Bush Senior mit dem Golfkrieg Anfang der 1990er Jahre postulierte, zielt auf die Verfügung über Rohstoffe, vor allem Erdöl und Erdgas, und die Kontrolle über strategische Räume. Mit den Kriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak wurde diese Linie fortgesetzt. Bei Kriegen, die nicht ursächlich auf die Politik des Westens zurückgehen, wird nach jeweils gesonderten strategischen Gesichtspunkten über Interventionen entschieden. Der »Krieg gegen den Terror« unter US-Präsident Bush Junior hat zu einer Militarisierung der Außenpolitik, zu einer Verschlechterung des Verhältnisses zur muslimischen Welt und zum Abbau der BürgerInnen- und Freiheitsrechte in den Ländern des Westens selbst geführt.

Frieden ist heute Ziel und Strategie zugleich. Es geht um die Wiederherstellung der BürgerInnen- und Freiheitsrechte im Innern und um eine internationale Ordnung auf der Grundlage der Herrschaft des Rechts, wie es in der UNO-Charta angelegt ist, anstelle des »Rechts des Stärkeren«. Die Strategie zielt darauf, die internationale Politik wieder zu entmilitarisieren, friedliche Konfliktlösungen durchzusetzen und ausländische Besatzungstruppen, so aus Afghanistan oder Irak, abzuziehen. Mehr Mittel sind für die weltweite Bekämpfung von Armut, Hunger und vermeidbaren Krankheiten sowie zum Schutz der natürlichen Umwelt nötig, die nur durch Abrüstung freizusetzen sind. Friedenserziehung muss dazu beitragen, ein humanistisches Menschenbild zu befördern und die Schablonen der Entmenschlichung der »Feinde« aufzulösen. Die äußere Friedensfähigkeit des Staates und der Gesellschaft hat ihre innere Friedensfähigkeit zur Voraussetzung.

*Erhard Crome*

### **Zum Weiterlesen**

Bundesausschuss Friedensratschlag: [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)  
Crome, Erhard (2006): *Sozialismus im 21. Jahrhundert*, Berlin.  
Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI): [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)